

BRH-AKTUELL

Herausgeber: Seniorenverband BRH
- Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen im DBB -
Tel.: 06131/223371, Fax: 06131/225625, E-Mail: post@brh.de, Internet: www.brh.de

Redaktion: Heinrich Kroner

Nr. 03/2012

23.01.2012

- 01 Ministerpräsident Horst Seehofer will Vollentschuldung Bayerns bis 2030**
- 02 BBB: Stellenabbau ohne Aufgabenabbau?**
- 03 Entwurf des Patientenrechtsgesetzes**
- 04 Für einen gesunden Lebensstil im Alter – IN FORM MITMACHBOX der BAGSO**
- 05 Anerkennung von drei Erziehungsjahren auch für vor 1992 geborene Kinder**

- 01 Ministerpräsident Horst Seehofer will Vollentschuldung Bayerns bis 2030**

Der bayerische Ministerpräsident verkündet Bayern wird bis zu Jahr 2030 schuldenfrei sein. Somit sind bis 2030 dreißig Milliarden (Altschulden ca. 20 Milliarden und Schulden der bay. Landesbank 10 Milliarden) an Schuldenlast plus Zinsdienst zu schultern. Seehofer glaubt, dass die Landesbank den riesigen Verlust wieder selbst erwirtschaften wird und ansonsten sieht er Einsparungen in genannter Größenordnung durch Personalabbau im öffentlichen Dienst.

München, 19. Januar 2012

02 BBB: Stellenabbau ohne Aufgabenabbau?

Unter anderem durch eine Verkleinerung der Staatsverwaltung will Ministerpräsident Horst Seehofer bis 2030 das Ziel eines schuldenfreien Freistaats erreichen. Rolf Habermann, Vorsitzender des Bayerischen Beamtenbundes (BBB) verlangt weitere Aufklärung über diese Pläne. „Ohne Aufgabenabbau des Staates wird das kaum zu bewältigen sein“, meint er. In keinem Fall dürfe der Schuldenabbau die Zukunft der Alterssicherungssysteme gefährden.

Habermann: „Seit 15 Jahren werden wir immer wieder mit neuen Vorschlägen zu immer weitergehendem Stellenabbau konfrontiert. Die Aufgaben aber sind im Wesentlichen die selben geblieben. Die Arbeit im öffentlichen Dienst hat sich zunehmend verdichtet. Da bewegen wir uns schon lange an der Grenze des Machbaren.“ Vor einem weiteren Stellenabbau müsse in jedem Fall eine eingehende Aufgabenprüfung stehen. „Und ein ehrliches Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern. Diese müssen wissen, welche staatlichen Aufgaben ihnen künftig nicht mehr zuverlässig zur Verfügung gestellt werden“, führt der BBB-Chef aus.

Auch die aktuelle Diskussion um die Absicherung künftiger Versorgungsleistungen sei nicht neu: „Der BBB macht seit Jahren auf dieses Problem aufmerksam. Wir sind offen für jegliche Art intelligenter Vorschläge. Eines aber werden wir nicht akzeptieren: Wenn die Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu Sündenböcken abgestempelt werden! Die Versäumnisse der Vergangenheit haben sie nicht zu vertreten.“

Bayerischer Beamtenbund e.V.

03 Entwurf des Patientenrechtsgesetzes

Zum Entwurf des Patientenrechtsgesetzes, sagt Prof. Dr. Otto Wulf, Bundesvorsitzender der Seniorenunion der CDU: „Das Patienten über Untersuchungen, Diagnosen und beabsichtigte Therapien umfassend und in einer verständlichen Sprache informiert werden müssen, ist schon lange eine unserer Forderungen. Das Gesetz verlangt eine mündliche Information der Patienten, was aus Sicht der Seniorenunion zu begrüßen ist, besser aber wäre ein Patientenbrief, der in verständlicher Sprache Diagnose und Behandlung schriftlich darstellt.“ Einiges verspricht sich die Seniorenunion auch von „patientennahen Regelungen“, wenn es um den Nachweis etwaiger Behandlungsfehler geht.

Die anfängliche Forderung nach einem Härtefall- oder Entschädigungsfonds, aus dem Ansprüche unbürokratisch abgegolten werden könnten wurde leider nicht in den Entwurf eingebaut.

Pressemitteilung Nr.1/2012

04 Für einen gesunden Lebensstil im Alter – IN FORM MITMACHBOX der BAGSO

Die INFORM MITMACHBOX möchte neben der Wissensvermittlung vor allem die Umsetzung einer ausgewogenen Ernährung und gesundheitsfördernden Bewegung im Alltag erlebbar machen.

Diese Box enthält vier Ordner mit den Titeln: Wissen, Essen, Bewegung und Quiz.

Die insgesamt 1000 Seiten umfassende Box wird gegen eine Schutzgebühr von 20€ an Multiplikatoren, die nachweislich Gruppen älterer Menschen begleiten, abgegeben.

Das Bestellformular kann bei der BAGSO angefordert werden oder auf der Internetseite des Projekts(<http://projekte bagso.de/fit- im- alter/startseite.html>) heruntergeladen werden.

BAGSO Pressemitteilung 2/2012

05 Anerkennung von drei Erziehungsjahren auch für vor 1992 geborene Kinder

Herr Herbert Weber, Ehrenmitglied des BRH-Bundes, schrieb an die Ministerin für Arbeit und Soziales, Frau Dr. von der Leyen, sie möge sich dafür einsetzen, dass auch drei Erziehungsjahre bei der Rentenberechnung angesetzt werden für Mütter, die vor 1992 ihre Kinder gebaren. Die Antwort hier im Wortlaut:

Sehr geehrter Weber,

für Ihr Schreiben vom 14. Dezember 2011 an Frau Ministerin von der Leyen möchte ich Ihnen auch im Namen von Frau von der Leyen herzlich danken.

Für Ihr Anliegen, die Kindererziehungszeiten auf drei Jahre rückwirkend für Geburten vor 1992 auszudehnen, habe ich durchaus Verständnis, damit wären allerdings hohe Kosten verbunden. Die Beitragszahlungen des Bundes allein für Kindererziehungszeiten liegen derzeit schon bei jährlich 11,6 Mrd. Euro. Die Anerkennung von drei Erziehungsjahren auch für Geburten vor 1992 würde zu Mehrkosten von über 13 Mrd. Euro jährlich führen. Vor dem Hintergrund der weiterhin notwendigen Konsolidierungserfordernisse im Bundeshaushalt ist die Entscheidung über Leistungsverbesserungen im Einzelfall daher sehr schwierig.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Edgar Fichtner